

# Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **23 (1943-1944)**

Heft 3

PDF erstellt am: **08.08.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# RUNDSCHAU

Verantwortlich für die „Rundschau“: Dr. W. Stocker

## LITERATUR

Ernst Nobs, «*Helvetische Erneuerung*». 132 Seiten. Kart. Fr. 4.50. Verlag Oprecht, Zürich.

Man greift bei diesem Buch, kaum hat man sich in die ersten Seiten vertieft, unwillkürlich zu Bleistift und Papier. Denn man stößt alsbald auf Sätze, die man festhalten, sich einprägen, für die Diskussion mit Freund und Gegner in Bereitschaft halten möchte. Tagesfragen — grundsätzlich nur in ihrem tieferen Zusammenhang betrachtet —, so etwa könnte der Inhalt dieser Gedanken zusammengefaßt werden. Scheinbar zwanglos reihen sich die kurzen Abschnitte aneinander, und doch rundet sich das Ganze zu einem wohldurchdachten Werk. Nobs beginnt mit den Zeitproblemen, die heute jeden bewegen: «Hat die Demokratie versagt?» «Welches ist die wahre, die ideale Demokratie?» «Was tun, um die Grundgedanken der Demokratie richtig und ganz zu verwirklichen?» — Und das führt zu den Einzelfragen, denen der Verfasser keineswegs ausweicht, die er im Gegenteil gründlich und mutig, ohne Scheu vor neuen Wegen und neuen Formulierungen anpackt: Zu Fragen der bisher arg vernachlässigten politischen Erziehung, der Schule und Kirche, der Wirtschaftsreform, des Föderalismus und Hyperföderalismus, der staatlichen Souveränität und ihrer notwendigen Schranken. So wird das Resultat langjähriger Denkarbeit und reicher praktischer Erfahrung in schöner und einprägsamer Form festgehalten. So groß die moderne Buchproduktion ist, so gibt es doch im schweizerischen Schrifttum sehr wenige solche Werke politischer Philosophie. Hier ist eines — es möge zahlreiche und aufmerksame Leser finden! st.

Statistisches Amt der Stadt Bern, *Jahrbuch 1942/43*. 130 Seiten.

Das neue, von Dr. H. Freudiger wiederum sorgfältig bearbeitete statistische Jahrbuch der Stadt Bern unterscheidet sich von ähnlichen Werken vorteilhaft durch die *Aktualität* der

Zahlen sowie durch den beigegebenen Textteil. Auch diesmal geben insbesondere die Bevölkerungs- und Wirtschaftsziffern Aufschluß bis zum Ende des ersten Halbjahres 1943. In den 40 Seiten umfassenden Erläuterungen geht der Verfasser den Einwirkungen der Kriegszeit und der Kriegswirtschaft nach, und die Analysen dieser Fragen (Mietpreise, Baupolitik, Wohnungsnot, Indexbewegung, Arbeitsmarkt und andere) dürfen über die lokalen Fragen hinaus grundsätzliches Interesse beanspruchen. st.

Ernst Akert, «*Gottfried Kellers Weltanschauung*». 80 Seiten. Geb. Fr. 3.50, mit 4 Bildern des Dichters. Verlag Ernst Akert, Lugano.

Schon lange vor Jonas Fränkels schönem Werkchen «Gottfried Kellers politische Sendung» erschien 1918 von Max Kriesi die Untersuchung «Gottfried Keller als Politiker», und da heute, im Streit über die authentische Zürcher Gesamtausgabe, wieder die Politik, und eine wenig erfreuliche Politik, nach dem Vermächtnis des Dichters greift, mag die Schrift Akerts (im Selbstverlag, Lugano, 1942): «Gottfried Kellers Weltanschauung» gesteigertem Interesse begegnen. Akert unternimmt — von einem Versuch darf kaum die Rede sein, denn der Autor, der seinen Keller ausgezeichnet kennt und als Kronzeugen ergiebig zitiert, ist der Unbestechlichkeit seines Urteils zu sicher — die Beweisführung, daß Gottfried Keller seit seinem dreißigsten Lebensjahre Atheist in Feuerbachschem Sinne und philosophischer Materialist gewesen und geblieben sei. Das ist im wesentlichen gewiß nicht zu bestreiten, und Ernst Nobs hat recht, wenn er im Geleitwort an Akert die Belobigung schreibt, daß Keller selber über seine Schrift wohl sich gefreut haben würde. Mich dünkt freilich, der Verfasser habe sich zu sehr der Polemik gegen mutmaßlich oder wirklich anders interpretierende Biographen befleißigt. Wenn er zu den Äußerungen eines Literaturhistorikers meint, diese seien «so viele gelehrte Phrasen, wo doch die Sache so furchtbar einfach

war», so ist das auch nicht gerade «furchtbar» löbliche Wissenschaft. Zugegeben: Ernst Akert folgt den Spuren seines Kronzeugen in eigener Sache, die über längere Zeit identisch mit den Spuren des «Grünen Heinrich» sind, aus der Behütung durch die gottesfürchtige Mutter über München und Heidelberg bis zum entscheidenden Erlebnis in den Vorlesungen des Philosophen Ludwig Feuerbach; Herwegh, Freiligrath und Wilhelm Weitling rücken ins Weltbild, auf Berlin folgt wiederum Zürich als Arbeitsstätte des freien Schriftstellers und schließlich im Rathaus das Amt des Staatschreibers; überall findet Akert die entsprechenden Zitate, die beweisen, was zu beweisen ihm am Herzen liegt. Sogar den Bettagsmandaten und ihren religiösen und christlichen Formulierungen weicht der gewissenhafte Kommentator nicht aus, aber am Schluß erinnere ich mich doch an die sorgenvolle Feststellung im Vorwort des Buches, daß trotz der starken Verbreitung seiner Werke Gottfried Keller noch viel zuwenig ins Bewußtsein des ganzen Volkes gedrungen sei. Das ist freilich wahr, aber ob die vorliegende Polemik (deren wesentliche Richtigkeit, ich wiederhole, nicht bestritten sein soll), dazu den rechten Weg öffne, mag als bekümmerte Frage unbeantwortet bleiben. Mich persönlich interessiert es wenig, wie im einzelnen Gottfried Keller über dogmatische, kirchliche, theologische und christliche Probleme und Anschauungen sich geäußert habe, solange ich den Strom seiner Epik, viele ergreifende Stimmen seiner Poesie und des Dichters politischen Willen zur Freiheit, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit aus seinen Büchern mir zum Trost, wann immer ich will, holen kann. Daß diesen Trost viele dort holen sollen, ist wohl nötig, und einige werden es um so lieber tun, wenn sie hören, Gottfried Keller sei Atheist gewesen; den mehreren aber müssen andere Tore zur Kenntnis und zur Liebe von Gottfried Kellers dichterischer, menschlicher und politischer Sendung aufgetan werden, dann wird niemand mehr, des Dichters Geist vergewaltigend, ihm und seiner Weltanschauung leicht Unrecht tun können.

E.

B. Imhof, «Was die Versicherten von der obligatorischen Unfallversi-

cherung wissen sollen». — Mit einer Einführung von Dr. Hermann Kistler, Bundesrichter am EVG. 108 Seiten. Kartoniert Fr. 3.—

Die vorliegende Broschüre ist die stark erweiterte, den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend umgearbeitete Neuauflage der 1928 erschienenen Ausgabe.

B. Imhof war von den allerersten Anfängen an — seit 1913 — bei der SUVA tätig, er machte also die ganze Entwicklung des Institutes mit und ist schon deshalb zur Orientierung über dieses Gebiet besonders berufen. Ziel und Bedeutung der Imhofschen Arbeit erhellen am besten einige Stellen aus der Einführung von Bundesrichter Dr. Hermann Kistler:

Diese Arbeit will den bei der Schweizerischen Unfallversicherungsanstalt obligatorisch Versicherten Lehrer, Ratgeber und Helfer sein. Sie soll das Interesse derjenigen an der sozialen Versicherung wecken und fördern, deren Lebenshaltung und erreichte soziale Stellung zu sichern und zu festigen die Aufgabe dieser Institution ist, welche für jeden Versicherten und seine Familienangehörigen eines Tages zur existenzentscheidenden Bedeutung werden kann. B. Imhof verfolgt ein Ziel, das zu erstreben die aufgewendete Mühe und Arbeit wert ist. Möge seiner Schrift ein erfreulicher Erfolg beschieden sein.

Konrad Fehr, «Grundfragen eines bäuerlichen Bodenrechts». Zürich, Polygraphischer Verlag, 1943. 56 Seiten, broschiert Fr. 3.—

Das bäuerliche Bodenrecht wird hier von seiner juristischen Seite betrachtet, wozu der Verfasser, Privatdozent an der Zürcher Universität, durch gewisse Spezialstudien berufen erscheint. Sein Ausgangspunkt stimmt vollständig mit unserer Ansicht überein: «Alle Maßnahmen der Landwirtschaftspolitik werden einer festen Basis entbehren, wenn nicht zuvor die Bodenfrage eine befriedigende gesetzliche Lösung gefunden hat.» (S. 56.) Es wäre nun höchst willkommen, von einem kompetenten und vorurteilslosen Rechtsgelehrten zu vernehmen, wie das in eine Sackgasse geratene bäuerliche Bodenrecht der Schweiz einer zweckmäßigen Lösung entgegengeführt werden könnte. Aber wir finden uns leider in dieser Erwartung enttäuscht, indem

der Verfasser zum vornherein bemerkt, daß «die grundsätzliche Geltung des Privateigentums nicht zur Diskussion gestellt werden soll» (S. 48). Damit ist die Untersuchung auf ein Gebiet begrenzt, auf dem unseres Erachtens eine brauchbare Lösung gar nicht zu finden ist. Es ist denn nicht weiter verwunderlich, daß diese Einengung des Blickfeldes den Verfasser in seiner Suche nach einer Lösung in bedenkliehste Nachbarschaft «nordischer» Gedankengänge bringt, denen er «das große Verdienst» zuspricht, «eine eigene Lehre des Bodenrechts begründet und bereits zu gültigen Ergebnissen entwickelt zu haben» (S. 52). In den praktischen Vorschlägen bleibt er allerdings im wesentlichen bei den bekannten Maßnahmen des kriegswirtschaftlichen Bodenrechts und der bäuerlichen Forderungen stehen, ohne sich von deren Unzulänglichkeit (Verschuldungsgrenze, Höchstpreisvorschriften) irgendwie anfechten zu lassen. Er läßt sich in dieser Hinsicht einfach von den «maßgebenden» Stellen bezeugen, daß die Erfahrungen «befriedigend» seien. So ist denn die vorliegende Schrift zwar eine kundige Einführung in die bürgerliche und «ständische» Auffassung des Bodenrechts, aber nicht die umfassende rechtliche Beleuchtung der landwirtschaftlichen Bodenfrage, auf die wir seit langem warten (ein Baustein dazu siehe «Rote Revue», 16. Jahrg., Nr. 7). est.

Rieppel, Franz Wolfgang, «Die Entschuldung der schweizerischen Landwirtschaft». Lindenhof-Verlag Zürich, 1943, 214 S.

Eine fleißige Zürcher Dissertation, die einen guten Überblick über das eidgenössische Entschuldungsgesetz und seine Entstehungsgeschichte gibt. Die Fragwürdigkeit der Verschuldungsgrenze und damit die Unzulänglichkeit des Gesetzes in seinem zweiten, die Verhinderung der neuen Verschuldung betreffenden Teil hätte etwas schärfer betont werden sollen. Die sozialistischen Vorschläge in dieser Sache kennt der Verfasser nur aus den Leitsätzen zur Landwirtschaftskrise vom Parteitag 1934; die weitergehende Behandlung im Plan der Arbeit und in der Preisschrift Steinemann wird nicht erwähnt. Sonst wird der Leser zuverlässig in die Materie eingeführt. Daß auf Seite 173 in Sperrung Verwaltungs-

bereitschaft statt Verwaltungsbeiratschaft steht, sei nebenbei berichtet. Die letzten bundesrätlichen Maßnahmen zur landwirtschaftlichen Bodenfrage sind nur im Vorwort erwähnt; die Arbeit wurde Ende 1941 schon abgeschlossen. Zur Einführung in die Verschuldungsfrage der schweizerischen Landwirtschaft ist sie gut brauchbar. est.

Martin S. Allwood, «Indien».

Übersetzung aus dem Schwedischen.

Europa-Verlag. 173 Seiten. Fr. 7.80.

Das Buch gibt einen gut zusammengefaßten Überblick über das heutige Indien. Was es über das völlig unausschöpfbare Thema bringt — und auch was man nicht darin suchen darf —, ist am besten aus den Kapitelüberschriften zu ersehen. Sie lauten: «Mythos und Legende», «Geographie, Bevölkerung und Sprache», «Die Hauptzüge der indischen Geschichte», «Die indische Familie», «Arbeit und Wirtschaft», «Ein gewaltloser politischer Kampf», «Die politischen Parteien», «Der Parteitag», «Eine neue Hauptstadt — eine neue Volksbildung», «Das Erbe Tagores», «Presse und Literatur», «England und Indien». Die Haltung des Buches ist sachlich und sauber, ohne die gerade auf diesem Gebiet so beliebten, ebenso vielversprechenden wie nichtssagenden Mystizismen. Wo es möglich ist, werden die Verhältnisse mit statistischen Zahlen gezeichnet, in der Regel so, daß gleichzeitig auch ein wertvoller Maßstab gegeben wird, indem die indischen Zahlen mit europäischen verglichen werden. Der Schwede Allwood hat als Journalist am Kongreß von Tripuri 1939 teilgenommen und sich hauptsächlich aus Kongreßkreisen seine Kenntnisse geholt. Es ist auch sein Bestreben, in seinem Buch möglichst die Inder selbst sprechen zu lassen. Das hat seine Vorteile, hat aber andererseits vielleicht doch auch dazu geführt, das indische Problem allzu stark von dem Standpunkt der Kongreßpartei aus zu betrachten und die Interessen der indischen Millionenmassen weitgehend mit denen der führenden Schichten der Kongreßpartei zu identifizieren, auch wenn das gar nicht in der Absicht des Verfassers lag. Doch das ist ein kleiner Mangel und man wird das sympathische Buch, das durch seine nüchterne Haltung

seinen Wert auf längere Zeit behalten wird, gerne in sein Büchergestell einordnen.

ah.

## ARBEITER- BEWEGUNG

### Parteitag der SPS

Vom ganzen Parteivolk mit Spannung erwartet, von über 500 Delegierten und Gästen besucht, von lebhafter Diskussion bewegt und im Schlußappell von einmütigem Kampfwillen getragen, hat der Kongreß der SPS am 4. und 5. September im Volkshaus Winterthur getagt und gearbeitet.

Gegen 60 Sektionsanträge zeugten vom Interesse der Mitglieder an der Auseinandersetzung über die Probleme der Zeit. Die Tätigkeit des «Apparates» und insbesondere der Nationalratsfraktion wurde kritisch unter die Lupe genommen; stark umstritten war auch der Antrag des Parteivorstandes zur Einheitsfrage.

Mit 306 gegen 90 Stimmen fand der Fraktionsbericht die Genehmigung der großen Mehrheit, mit 348 gegen 112 Stimmen siegte der Antrag des PV über den Oppositionsantrag. — Die Beschlüsse des Parteitages sind in der Presse publiziert und den Sektionen übermittelt worden, ebenso das Hauptreferat von Walter Bringolf: «Nationalratswahlen im 5. Kriegsjahre; der Kampf um die ‚Neue Schweiz‘». Hier sei die *Kundgebung* festgehalten, die der Parteitag abschließend einmütig gutgeheißen und als Ausdruck der sozialdemokratischen Ziele für die kommende Zeit proklamiert hat:

«An der Schwelle des 5. Kriegsjahres gedenkt der Parteitag der SPS der zahllosen Opfer dieses neuen, von den unheilvollen Mächten der politischen Unterdrückung und wirtschaftlichen Ausbeutung entfesselten Weltkrieges.

Mit tiefer Anteilnahme und brüderlicher Solidarität blickt die schweizerische Arbeiterschaft auf den bewunderungswürdigen Widerstand, den die Freiheitskämpfer in den unterjochten Ländern unerschütterlich und mit wachsendem Erfolge leisten.

Dem italienischen Volke, das nach zwanzigjähriger Knechtschaft die Macht des Faschismus zerbricht und die schändliche Korruption seines Systems entlarvt, sendet der Parteitag seinen sozialistischen Gruß und seine

herzlichen Wünsche zum Gelingen des Kampfes um die Wiederherstellung von Recht und Freiheit.

Der Parteitag ist sich bewußt, daß der Tag der Freiheit aller Völker heute sich ankündigt, daß aber ein schwerer und opfervoller Weg noch zurückzulegen ist bis zur Schaffung einer neuen Welt des Friedens und der Gerechtigkeit. Den endgültigen Sieg über Unterdrückung, Not und Unrecht wird das arbeitende Volk mit der Schaffung einer grundlegend neuen, sozialistischen Ordnung von Staat und Wirtschaft erzwingen.

Der Parteitag erblickt im Aktionsprogramm der «Neuen Schweiz» die solide Grundlage zum Aufbau einer neuen Ordnung in unserem Lande. Er fordert von allen Vertrauensleuten der Partei den ganzen und energischen Einsatz ihrer Kräfte für die Ziele dieses Programms.

Der Bau der «Neuen Schweiz» wird das Werk einer umsichtigen und intensiven Arbeit der Nachkriegszeit sein. Heute schon sind die Vorarbeiten für diese umfassende Neugestaltung aufzunehmen. Darum ist insbesondere die Initiative für Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit innert kürzester Frist den eidgenössischen Räten und dem Volke zur Entscheidung vorzulegen.

Zur Lösung der dringenden Aufgaben der Stunde fordert der Parteitag:

1. Aktive Lohnpolitik des Bundes in Verbindung mit Arbeiter- und Unternehmerorganisationen zum Zwecke der sozialen Gestaltung der Löhne.
2. Schutz der Arbeiter und Angestellten vor ungerechtfertigten Entlassungen. Unternehmer, die den Gewinn der Kriegskonjunktur einstecken und sich dann in der Krise durch Massenentlassungen sichern wollen, sind rücksichtslos zur Verantwortung zu ziehen.
3. Vollen Teuerungsausgleich für kleine Einkommen.
4. Kampf der Teuerung. Unvermeidliche Preisaufschläge auf lebenswichtigen Gütern hat der Bund zu tragen.
5. Vermehrte Förderung des Wohnungsbaues. Die erhöhten Baukosten sind durch größere Subventionen auszugleichen.
6. Beschleunigte Vorbereitung der eidgenössischen Alters- und Hinterbliebenenversicherung. Bis zum Inkrafttreten des Ausführungsgesetzes sind

die Bundesmittel für die Altersfürsorge wesentlich zu erhöhen.

7. Schärfster Kampf der Steuerhinterziehung. Endgültige Sanierung der öffentlichen Finanzen durch die allgemeine Quellensteuer, durch einheitliche Steuerveranlagung und durch ein angemessenes Steuerstrafrecht.

\*

Die 500 Delegierten des Parteitages geben einmütig ihren Willen kund, für diese Forderungen unermüdlich zu kämpfen. Sie rufen alle Männer und Frauen der Arbeit im ganzen Lande auf, sich diesem Kampfe freudig anzuschließen, damit in den kommenden Tagen von geschichtlicher Bedeutung das arbeitende Volk der Eidgenossenschaft in lückenloser, kraftvoller Einheit das große Werk vollende:

Eine ‚Neue Schweiz‘ in einer Neuen Welt!»

## NOTIZEN

### *Esperanto*

Sie sind vorbei, die Zeiten des Esperantos! Denn Esperanto war eine unparteiische, eine überparteiliche Sprache. So gewissermaßen die Muttersprache des Völkerbundes. Es war eine tote Sprache, wie heute das Latein; nur hatte sie im Gegensatz zu diesem eine unbefleckte Vergangenheit. Sie hatte nie gelebt. Sie war von Wissenschaftern erfunden worden, mit neuen Wortbildungen, die sich dem Gedächtnis leicht einprägen sollten, mit vereinfachten Deklinationen und Konjugationen. Sie war das Symbol der Gleichberechtigung aller in einem zukünftigen geträumten Staatenbund, insofern als sie an jede Staatengruppe oder Volksgemeinschaft mit dem Ansinnen herantrat, neu erlernt zu werden.

In unserm heutigen Diadochenstreit über die Hegemonie der Kontinente (lies: Rohstoffgebiete) versteht sich unter Weltsprache einfach die Sprache der zukünftigen Sieger. So meldet die anglo-amerikanische Gruppe ihre «Weltsprache», das Englische an. Als gnädige Herren wollen uns die Anglo-Amerikaner das Erlernen ihrer Sprache erleichtern in einem sogenannten «Basic English», welches mit einem Minimum an Hauptwörtern, Umstandswörtern und Aussagewörtern keine allzu große Anforderung an die ausge-

wachsenen Abc-Schützen der nicht englisch sprechenden Nationen stellen soll. Dies wird dadurch erreicht, daß ein Hauptwort assoziativ verschiedene Bedeutungen erhält. «King», zum Beispiel, dürfte nicht nur König, sondern auch Spitze und Kuppel heißen, so daß der Satz: «Save the King» bedeuten würde: «Erhalte den König!», «Brich nicht die Spitze ab!», «Rette die Kuppel vor dem Einsturz!» und, weil eine Kuppel en miniature auch ein Gugelhopf sein kann, zu guter Letzt: «Behalt etwas Gugelhopf für mich übrig!».

Man sieht: Auf Grund dieses «Basic English» wird zwar das Verständigungsmittel für die künftige Menschheit vereinfacht werden, aber ob dabei die Mißverständnisse abnehmen dürfte mehr als fraglich scheinen. — Selbstverständlich hat sich bei der Bewerbung um die Weltsprache auch Deutschland gemeldet. Man wird von den Deutschen, schon vom Psychologischen aus, nicht erwarten dürfen, daß sie ihre Sprache als eine Art verkümmertes «Basic-Deutsch» propagieren wollen. Sie urteilen vielmehr folgendermaßen: «Es trifft zu, daß die deutsche Sprache nicht ganz leicht zu erlernen ist, schon weil sie ausdrucksreicher und tiefsinniger (?) ist, als die englische und französische...», aber, was ihre Prädestination als Weltsprache vor andern kennzeichnet, ist, daß «sich die Völker freiwillig (!) für sie entschieden haben...»

Die Freiwilligkeit der Polen (und anderer Völker) für die deutsche Weltsprache ist bekannt. Die Grammatik, die ihnen das «Weltdeutsch» beigebracht hat, ist mit Blut geschrieben. Noch einen andern wesentlichen Bestandteil hat dieses «Deutsch in Weltformat», der sie für ihre Eignung als zwischensprachliches Bindemittel vor andern Sprachen hervorhebt: die Klarheit. Der Verfasser des Artikels «Weltsprache Deutsch», dem die erwähnten Zitate entnommen sind, sagt dazu: «Es ist das, was allen Berichten des Oberkommandos unserer Wehrmacht selbst nach der Überzeugung des gesamten und sogar des feindlichen Auslandes den Stempel aufdrückt: die reine, bestimmte und klare Form des sprachlichen Ausdrucks einerseits, auf der andern Seite und in erster Linie ihre unbedingte Wahrfähigkeit und Glaubwürdigkeit.»

Wer sich in der Schweiz für die «Weltsprache Deutsch» in extenso interessieren sollte, braucht nur die neueste Nummer des «Dental-Echos» zur Hand zu nehmen. Es ist dies eine Reklamezeitschrift für Zahnheilkunde, die in Leipzig verlegt und die unsern schweizerischen Zahnärzten unentgeltlich zugestellt wird. Sie nennt sich «Internationale Export-Monatschrift für Dental-Industrie und Handel» und enthält neben Fachaufsätzen über klinische Behandlungen von Wurzelmyomen und Zahnprophylaxe auch das Problem der deutschen Weltsprache. Wahrscheinlich, weil beides mit dem Mund zusammenhängt. Und weil man nach dem Genuß des vom Schriftleiter Reinh. Bachmann verfaßten Aufsatzes «Weltsprache Deutsch» anschließend mit einem antiseptischen Mundwasser gurgeln möchte! -ch-

## SCHWEIZERCHRONIK

15. Aug.: Verletzung unseres Luftraums in acht Wellen, Protest in London. — Entdeckung einer Geheimdruckerei für falsche Zuckercoupons in Lausanne.
16. Aug.: «Schaffhauser Arbeiterzeitung» wegen Verstoßes gegen die Neutralität öffentlich verwarnt. — Bieler Arbeitskonflikt im Baugewerbe nach Vornahme einer Erhöhung der Grundlöhne beigelegt.
17. Aug.: Notlandung von zwei amerikanischen «Fliegenden Festungen». — Vernichtung aller schweizerischen Institutionen in Mailand. — «Volksrecht» beschlagnahmt.
18. Aug.: Der Bundesrat veröffentlicht eine Botschaft über den Vollzug seines früheren Beschlusses über die «Regelung der Arbeitsbeschaffung in der Kriegskrisenzeit».
19. Aug.: Verschiedene Großbrände infolge der Trockenheit. — Telephonischer Verkehr mit Italien immer noch unterbrochen.
20. Aug.: Der Entscheid über die Ausschließung Sondereggers aus dem Nationalrat wird dem Plenum des Nationalrates überlassen. — Waldbrand am Calanda. — Absturz eines schweizerischen Militärflugzeuges, Tod der beiden Piloten. — In Genf verhaftet man Nicole und Béchard.
21. Aug.: Waldbrände im Kanton Uri. Aus allen Gegenden werden Häuser- und Stallbrände gemeldet. — Feuer auf dem Schweizer Schiff «Chasseral» im Hafen von Lissabon.
23. Aug.: Die Einkommensgrenzen bei Notstandsaktionen durch das Kriegsfürsorgeamt erhöht. — In Burgdorf wird festgestellt, daß über 250 Familien, deren Oberhaupt und Glieder vollbeschäftigt sind, nicht genügend verdienen, um die nötigsten Ausgaben ohne öffentliche Unterstützungen bestreiten zu können. — Der Schweizerische Stickereipersonalverband beschließt die Verschmelzung mit dem Schweizerischen Textilindustrie- und Facharbeiterverband. — Zahlreiche weitere Brandfälle, große Erntevorräte vernichtet. — Hochwasserschäden in Les Hautières im Wallis.
24. Aug.: Absturz eines schweizerischen Militärflugzeuges und Tod der beiden Piloten. — Das Schweizerische Rote Kreuz anerbietet sich, bombengeschädigte Kinder aus Italien aufzunehmen.
25. Aug.: Infolge Trockenheit müssen 100 000 Stück Rindvieh ausgeschaltet werden. — Große Anzahl SBB-Wagen bei Bombardierungen in Italien vernichtet. — Erneuter Unfall eines schweizerischen Militärflugzeuges und Tod eines Piloten. — Meldungen von weiteren Schadenfeuern in der ganzen Schweiz.
26. Aug.: Nicole-Demonstration in Genf, Polizei geht mit Spritzenwagen vor und verhaftet zehn Personen, darunter den ehemaligen Großrat Piguet. — Brandausbruch in einem Laboriergebäude in Thun, wobei fünf Arbeiter tödlich verunglücken.
27. Aug.: Wieder zwei Todesopfer beim Absturz eines schweizerischen Militärflugzeuges. — Postverkehr mit Sizilien bis auf weiteres eingestellt. — Aufdeckung von Schwarzhandel mit 45 Tonnen Butter in der «Cremo AG., Butterzentrale Freiburg».
28. Aug.: Der Bundesrat erklärt auf verschiedene Anfragen, daß die Aufhebung der Verdunkelung nicht in Frage komme.
29. Aug.: Die Eidgenössische Zentralstelle für Kriegswirtschaft behauptet in einem Rechenschaftsbericht, «das Recht der freien Meinungs-

- äußerung habe keine Beschränkung erfahren», was von diversen Zeitungen als «Starkes Stück» und eine «Irreführung des Volkes» bezeichnet wird, angesichts der in Wirklichkeit sehr weitgehenden Eingriffe in die freie Meinungsäußerung.
30. Aug.: Durch Bewilligung von 25 Prozent Teuerungszulagen wird der Lohnkonflikt im bernischen Kohlenhandel beigelegt. — Debatte im Zürcher Kantonsrat über die gewerbliche Bewilligungspflicht.
  31. Aug.: Das Kassationsbegehren Eisenhuts abgewiesen.
    1. Sept.: Der Bundesrat gibt die Einführung der Verrechnungssteuer auf den 1. Januar 1944 bekannt. — Die englische Regierung erklärt sich zu Schadenersatz für die Bombardierungen vom 12. und 13. Juli bereit.
    2. Sept.: Genfer Arbeiterpartei protestiert in einem Aufruf gegen die Verhaftung Nicoles und Béchards. — Die Basler «Arbeiterzeitung» wird für einen Tag verboten. — Die Schwyzerische Arbeiterpartei verwarnt sich gegen die Verhaftung von drei Arbeitern, die auf einer Arbeitseinsatzstelle wegen ungenügenden Essens reklamierten.
    5. Sept.: Parteitag der SPS in Winterthur. Das Aktionsprogramm «Neue Schweiz» einstimmig angenommen.
    6. Sept.: Notlandung von vier «Fliegenden Festungen». Absturz eines amerikanischen Bombers in den Bodensee. — Debatte im Zürcher Kantonsrat über das Verbot der linksextremistischen Gruppen.
    7. Sept.: Fliegeralarm in der ganzen Schweiz. Sachschäden durch Sprenggeschosse.
    8. Sept.: Schweizerisch-japanische Regelung der Kriegsschädendeckung.
    9. Sept.: Schließung der schweizerisch-französischen Grenze.
    10. Sept.: Landung eines italienischen Flugzeuges in der Schweiz. — Die italienische Kronprinzessin mit vier Kindern als Flüchtlinge im Tessin eingetroffen.
    11. Sept.: Über die schweizerisch-französische Grenze treten mehr als 10 000 Mann italienische Besatzungstruppen aus Savoyen und werden interniert.
    12. Sept.: Torpedierung des Schweizer Schiffes «Maloja». — Aufgebot der Festungsbesetzungen von Sargans, St. Gotthard und St-Maurice.
  14. Sept.: Nicole und Béchard aus der Präventivhaft entlassen. — Spannungen im Schuhmachergewerbe auf dem Platze Bern.
  15. Sept.: Die sozialdemokratischen Zürcher Gemeinderäte protestieren in der Gemeinderatssitzung gegen die Überwachung politischer Versammlungen durch die Kantonspolizei.
  16. Sept.: Der Bundesrat schützt den Rekurs der «Nation» gegen die Generaldirektion der PTT, welche sich geweigert hatte, die Heimarbeiternummer der «Nation» in Eriswil verteilen zu lassen.
  17. Sept.: Fliegeralarm in der Westschweiz. — Bern dementiert die englische Radiomeldung, Deutschland wolle die Benützung der Gotthard- und Simplonbahn erzwingen.
  19. Sept.: Deutsche Besetzung des schweizerisch-italienischen Grenzüberganges.
  20. Sept.: Debatte um den «Fall Graber» im Nationalrat. Der Bundesrat attestiert dem «Angeklagten» seine gutschweizerische Gesinnung und betrachtet die Angelegenheit als strafrechtlich leichten Fall.
  21. Sept.: Wegen Landesverrats werden vier Angeklagte zu lebenslanglichem Zuchthaus verurteilt, eine weitere Anzahl zu schweren Zuchthaus- und Gefängnisstrafen.
  22. Sept.: Der Nationalrat genehmigt die Verrechnungssteuer. — Die Einreise für Schweizer und die Ausreise für Italiener von den Deutschen in Italien gesperrt.
  23. Sept.: Der Nationalrat lehnt das Amnestiebegehren Hofmaiers und Konsorten ab.
  24. Sept.: Bis jetzt sind rund 20 000 Militär- und Zivilpersonen aus Italien in die Schweiz geflüchtet. — Güterzugsverkehr mit Italien vollständig eingestellt. — Der Bundesrat bewilligt weitere 30 Millionen Franken für Meliorationen.
  26. Sept.: In der kantonalen Abstimmung in Zürich werden die drei Vorlagen (Abänderung des Steuergesetzes, Arbeitsbeschaffungskredit und Förderung des Wohnungsbaus) mit starkem Mehr angenommen.
  27. Sept.: Die «Nation» wegen Verstößen gegen die Pressevorschriften für zwei Wochen verboten.



28. Sept.: Auseinandersetzung mit Sonderegger im Nationalrat. — Das Volksbegehren der Sozialdemokratischen Partei «Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit» wird mit 161 477 gültigen Unterschriften vom Bundesrat als zustande gekommen erklärt. — Hospitalisierung kriegsinvalider Finnen in einem Schweizer Kurort.
29. Sept.: Die Zahl der Flüchtlinge in der Schweiz beträgt 57 734, der Flüchtlingsstrom aus Italien dauert an.
30. Sept.: Teuerung nach offizieller Schätzung 48,8 Prozent.
1. Okt.: Luftkämpfe deutscher Jäger und «Fliegender Festungen» über schweizerischem Gebiet. Vier «Fliegende Festungen» stürzen ab. Die Schweizer Flab tritt in Aktion. Erheblicher Sachschaden durch Bombenabwürfe in verschiedenen Landesteilen. — Umfangreiche Schwarzschlachtungen im Kanton Zürich aufgedeckt.
3. Okt.: Erneuter Fliegeralarm. — Krise im «Landesring». Außer Pfändler und Moeschlin verzichten alle unabhängigen Nationalräte auf die Kandidatur. Nachträglich wird auch Pfändler zum Verzicht veranlaßt, während Moeschlin in Basel kandidiert. In Zürich bildet sich eine von Duttweiler unabhängige Gruppe.
5. Okt.: Der Bundesrat beschließt die Allgemeinverbindlichkeitserklärung der im Schlosser- und Eisenbaugewerbe vereinbarten Teuerungs- und Kinderzulagen für die ganze Schweiz. — Begräbnis von vierzehn amerikanischen Fliegern im Friedhof Ragaz.
6. Okt.: Aufdeckung eines Couponsdiebstahls für 90 000 kg Fleisch durch einen Abteilungsvorsteher des kantonalen Kriegswirtschaftsamtes in Zürich.
7. Okt.: Das Territorialgericht 3 A verurteilt 26 Angeklagte wegen Landesverrats. Die Hauptschuldigen erhalten Zuchthausstrafen bis zu 20 Jahren.
8. Okt.: Allgemeinverbindlichkeitserklärung der im Schreinerergewerbe vereinbarten Teuerungszulagen für die deutsche Schweiz. — Die Genfer Arbeiterpartei stellt eine Liste von 8 Kandidaten mit Nicole für die Nationalratswahlen auf.
9. Okt.: Fliegeralarm in der Westschweiz.
11. Okt.: Diskussion im Zürcher Kantonsrat über Unstimmigkeiten in einem russischen Interniertenlager. Zwei Sozialdemokraten und ein Unabhängiger erklären sich von der Antwort des Militär- und Polizeidirektors nicht befriedigt.
12. Okt.: Die Zahl der Flüchtlinge in der Schweiz ist auf 61 000 gestiegen. — Auflösung sämtlicher frontistischer Organisationen, welche in enger Verbindung mit der bereits aufgelösten «Eidgenössischen Sammlung» und der «Nationalen Gemeinschaft Schaffhausen» standen.
13. Okt.: Der Genfer Staatsrat schließt die Nicole-Liste von der Wahlbeteiligung aus.
14. Okt.: Amerikanischer Bomber landet bei Reinach. — Der waadtländische Staatsrat erklärt die Kandidaten des «Parti ouvrier et populaire vaudois» als nicht wählbar. — Kritische Lage im Speditionsgewerbe in Chiasso wegen der geschlossenen Grenze.
15. Okt.: Der Papst spendet durch Vermittlung der italienischen Gesandtschaft in Bern einen größeren Betrag für die italienischen Flüchtlinge in der Schweiz. — Die Genfer Arbeiterpartei beschließt Nichtbeteiligung an den Nationalratswahlen. — Aufnahmegesuche zahlreicher Kommunisten in die Sozialdemokratische Partei der Schweiz.

## KRIEGSTAGEBUCH

15. Aug.: Mailand schwer bombardiert. — Amerikanischer Tagesangriff auf Wiener Neustadt. — Karatschew gefallen. — Amerikanische Panzerverbände 25 km vor Messina. — Großangriff amerikanischer Bomber auf Borneo. — Zwischenfälle in Hochsavoyen, Zusammenstöße von Refraktären und Besatzungstruppen.
16. Aug.: Taormina und Milazzo von den Alliierten besetzt. — Die Sozialistische Partei Italiens fordert Abbruch des Krieges und Abschaffung der Monarchie. — Internierung der norwegischen Offiziere, Ausnahmezustand in Norwegen. — Schwere Kämpfe vor Brjansk. — Störangriff auf Berlin.

17. Aug.: Ganz Sizilien besetzt. — Quisling proklamiert neues Notstandsgesetz mit neuen Sondergerichten. — Turin bombardiert. — Schweinfurt und Regensburg schwer bombardiert. — Roosevelt trifft Churchill in Quebeck.
18. Aug.: Artillerieduell über die Straße von Messina, Luftoffensive gegen Kalabrien. — Russischer Vormarsch an der Charkowfront. — Spannung in Dänemark, Ministerpräsident Scavenius lehnt deutsche Forderung der Aburteilung von Sabotagefällen durch Gerichte auf deutschem Reichsgebiet ab.
19. Aug.: Jugoslawische Partisanen zerstören Bahnlinien und Flugplatz bei Sarajewo. — Schwedische Proteste in Berlin gegen die Beschießung eines schwedischen Kanonenbootes und eines Militärflugzeuges. — Deutsche Offensive bei Charkow, russische Erfolge an der Wjasmafront und Brjansk.
20. Aug.: Lipari und Stromboli von den Amerikanern besetzt. — Prinz Aimone von Savoyen verzichtet auf den kroatischen Königsthron. — Sabotageakte auf Fünen, Zusammenstöße deutschen Militärs mit der Zivilbevölkerung. — Goebbels droht in einer Rede mit einer neuen kommenden Angriffswaffe. — Sabotageakte in Frankreich. — Russischer Vormarsch bei Charkow.
22. Aug.: Abberufung Litwinows als Botschafter in den USA. — Neapel und Foggia heftig bombardiert. — Die Japaner räumen Kiska. — Labour-Wahlsieg in Australien. — Rückkehr Samuel Hoares aus Madrid, für England befriedigender Verlauf der Besprechungen mit Franco. — Vuori, Vorsitzender des finnischen Gewerkschaftsbundes, ersucht das Vorstandsmitglied des britischen Transportarbeiterverbandes Deakin um Weiterleitung eines von der finnischen Regierung gebilligten Friedensprogramms an die britische Regierung. — Charkow von den Russen erobert.
23. Aug.: Russischer Durchbruch an der Miusfront. — Schwere Luftangriffe auf Salerno. — Die RAF bombardiert die IG-Farbenwerke in Leverkusen. — Große Aluminiumfabrik in Kopenhagen durch Sabotage zerstört. — Erntesabotage in Frankreich. — Fortschritte der Amerikaner auf den Aläuteninseln.
24. Aug.: Großangriff der RAF auf Berlin. — Himmler wird Reichsminister des Innern. — Rom erklärt sich zur offenen Stadt. — Die Deutschen besetzen Kopenhagen. — Zusammenkunft Roosevelt—Churchill in Quebeck beendet. — Russische Offensive in der Ukraine. — Bombardierung von Bordeaux und Pariser Vororten. — Rücktritt Sumner Welles.
25. Aug.: Roosevelt erklärt dem kanadischen Parlament, Japan stehe im Vordergrund der Verhandlungen von Quebeck. — Die RAF erneut über Berlin. — Luftangriffe auf Flugplätze in Frankreich. — Vormarsch der Russen im Westen von Charkow, Zusammenbruch der deutschen Donezstellung. — Das französische Befreiungskomitee wird von der Sowjetunion, England, Kanada und den USA anerkannt.
27. Aug.: Beginn der Schlacht um Poltawa. — Roosevelt verlangt bedingungslose Kapitulation der Feinde, das Ziel der Vereinten Nationen sei, den befreiten Völkern ein freies politisches Leben nach eigener Wahl und wirtschaftliche Sicherheit zu geben. — Flottenangriff gegen Kalabrien. — Der Wunsch nach Finnlands Austritt aus dem Kriege von 33 finnischen Persönlichkeiten unterzeichnet. — Schwere Luftangriff auf Neu-Guinea. — Schwedisches Flugzeug kämpft mit deutschen Kriegsschiffen in schwedischen Küstengewässern.
29. Aug.: Deutsche Militärverwaltung in ganz Dänemark, Gefechte im Hafen von Kopenhagen, Selbstversenkung der dänischen Kriegsflotte. — Tod König Boris III. von Bulgarien. — Großangriff auf Nürnberg. — Die Japaner räumen Neu-Georgien.
30. Aug.: Scharfe Warnung Deutschlands an Schweden. — Taganrog von den Russen erobert. — Luftangriffe auf Süditalien. — Elf Hinrichtungen in Norwegen. — Rücktritt der dänischen Regierung Scavenius.
31. Aug.: Russischer Durchbruch bei Smolensk und in der Ukraine. — Duisburg und Gladbach-Rheydt schwer bombardiert.